

Initiative und persönliche Verantwortlichkeit auch für die Leitung sozialistischer Betriebe unentbehrlich ist. Aus diesen Erwägungen forderte schon die erste deutsche Sozialisierungs-Kommission in ihrem Bericht vom 15. Februar 1919 „Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie“. „Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Persönlichkeiten“. Und nicht nur der von Rathenau formulierte Vorschlag II verlangt für die zu sozialisierende Kohlenwirtschaft, „daß die stärksten und initiativreichsten Wirtschaftsleiter ihr erhalten bleiben“, sondern auch der Vorschlag I betont wiederholt, daß dem Direktorium „möglichst freie Initiative der Tüchtigsten nicht nur durch eine Vereinfachung aller Bürokratie, nicht nur durch Prämienvergütung von den untersten bis zu den obersten Organen auslösen, sondern vor allen Dingen auch durch eine wirklich sozialisierte, einheitlich durchgeführte Organisationsform. Es handelt sich dabei um „Vollsozialisierung“, aber keineswegs um eine „Ueberorganisation“: „Der Gegensatz ist nicht: Freie oder Zwangsverwaltung, sondern: Sozialistische oder sozialisierte Wirtschaft. Wir wollen die Sozialisierung nicht als eine nur kontrollierende und darum unfruchtbare Organisation schaffen, sondern wir wollen den im Kapitalismus ausgebaute Wirtschaftskörper durch Enteignung auf den gemeinwirtschaftlichen Gedanken einstellen, so daß alle Triebkräfte der initiativen Persönlichkeiten im gemeinwirtschaftlichen Rahmen gefördert werden, und die innere Anteilnahme und lebendige Mitwirkung aller im Betriebe Tätigen als neuer entscheidender psychologischer Antrieb und sozialer Wert erzielt wird.“

Der innerste Gegensatz zwischen den beiden Vorschlägen ist hier scharf und klar herausgearbeitet. Nach dem Vorschlag II, der das Eigentumsrecht der Grubenbesitzer einseitig unangenehm lassen will, soll der Reichskohlenrat mit seinen Hochschülern ganz überwiegend ein kontrollierendes Organ sein, das den in Privatband verbleibenden Betriebsleitungen die eigentliche Tätigkeit überläßt (um ihnen dann freilich durch Preis- und Gewinnfestsetzungen usw. die Gewinne beträchtlich zu beschneiden), während der Vorschlag I dem Reichskohlenrat durch ein fünfjähriges Direktorium zugleich ein aktionskräftiges Instrument geben will, um den ganzen Bergbau in der technisch rationellsten und gemeinnützigsten Weise zu betreiben. Während also beim System II Privatbetrieb und Unternehmerinteresse unausgesetzt mit der Gemeinschaftskontrolle und dem Gemeininteresse kollidieren müssen, ist das System I organisatorisch und psychologisch aus einem Gusse.

Gewiß, das muß der Gruppe II zugestanden werden: die radikalste Umgestaltung des Bergbaus ins Sozialistische wäre „ein Sprung ins Dunkle“, enthielte ein Risiko. Es fragt sich nur, ob dies Risiko nicht unvermeidlich ist und ob nicht der Vorschlag der Gruppe II gleichfalls ein Risiko enthielte, das noch bedenklicher sein könnte, als das der sofortigen Vollsozialisierung. Denn bei einer unzulänglichen und unzureichenden Sozialisierung des Bergbaus könnte nur zu leicht diese gemeinwirtschaftliche Organisation zu einem abjehrenden Herrbild werden, das zur völligen Rückbildung in jene privatwirtschaftliche Organisation verleitete, deren Verwerflichkeit und Gemeinsschädlichkeit heute doch alle Mitglieder der Sozialisierungs-Kommission zugeben!

Die Halbheit und Unfruchtbarkeit des Vorschlags II kennzeichnen die Vertreter des Vorschlags I sehr zutreffend mit den Worten: „Die Sozialisierung kann nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie den Gegensatz des privaten zum Allgemeininteresse ausbeißt, nicht indem sie die Vertreter beider Interessen zwingt, zusammenzuarbeiten. Wenn man das privatwirtschaftliche System erhalten und es lediglich einer scharfen Kontrolle unterwerfen will, so würde man die private Initiative an ihrem Nerv treffen, ohne gleichzeitig die Vorteile des gemeinwirtschaftlichen Gedankens zu er-

reichen.“ Die Richtigkeit dieser Ansicht liegt für jeden auf der Hand, der sich einmal in den Zwitterszustand der Organisationsform II hineindenkt. Unten Privatbetrieb, oben Reichskohlenrat; unten Profitbestreben, oben Profitbestrebungsstendenz; unten die Betriebsleiter und Beamten als Vertrauensorgane des Unternehmertums und oben eine Kontrollinstanz, die erwartet, daß die Leitung sich den Bedürfnissen des Gemeinwohls anpaßt! Was kann bei solchem Widerstreit der Interessen und Pflichten herauskommen, als Systemlosigkeit, Mißmut, Zähnnefritzen, als heimliche Sabotage! Und der Reichskohlenrat selbst wäre ja durch den Interessenwiderstreit gelähmt und zerrissen. Denn während in ihm bei einer Vollsozialisierung als Vertreter der Industrie nur für die Gesamtheit amtierenden und in ihrem Interesse wirkenden Betriebsleiter lägen, wären im Falle II ja die für ihr Privatinteresse kämpfenden Unternehmer und ihre Angestellten die Industrievertreter!

Ich glaube, daß eine gründliche Beschäftigung mit den beiden Vorschlägen die Partei zu derselben Ueberzeugung bringen muß. Die energische Betonung dieser Ueberzeugung aber ist von größter Wichtigkeit, da von ihr ganz wesentlich die Gestalt des von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzeswurfs und sein späteres Schicksal abhängen wird!

Die Moskau-Stipendien.

Die „Freiheit“ erklärt:

„Die schon Genosse Haase in seiner Antwort an Joffe am 19. Dezember 1918 feststellte, hat die U.S.P. keine finanziellen Beihilfen für den Verlag von Druckschriften erhalten. Der Parteivorstand hat es wiederholt abgelehnt, russische Gelder anzunehmen, weil es sich bei diesen Summen um Staatsgelder handelte. Unsere Organisationen sind aus eigener Kraft stark geworden; sie haben sich nicht, wie die Kommunisten, von Rußland aufpäppeln und auskosten lassen. Wer die moralische Befreiung und Häufung in der R.P.D. kennt, die zu einem großen Teil auf das russische „Stipendientum“ zurückgeht, wird diesen Standpunkt unserer Partei zu würdigen wissen.“

Nun hat wieder die „Rote Fahne“ das Wort. Sie hat behauptet, daß Organisationen und Zeitungen der U. S. P. russisches Geld bekommen hätten. Will sie nicht mitteilen, welche Organisationen und Zeitungen das gewesen sind? Vielleicht diejenigen, in denen sich ein besonderer Eifer für Moskau fundiert hat?

Bedenkliche Selbsthilfe.

Wie wir aus Mainz erfahren, verließen am vorgestrigen Dienstag etwa 15 000 Arbeiter ihre Arbeitsstelle, um nach verschiedenen Richtungen in die Umgebung zu ziehen und dort von der Landbevölkerung die Herausgabe von Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu erzwängen.

Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob eine Organisation hinter dieser Bewegung steht. Scheinbar handelt es sich um eine aus spontaner Erregung entstandene Hülfsaktion der Arbeiterkraft. So begreiflich die Erregung auch scheint, so ist doch diese Art der Selbsthilfe gerade im Interesse der Arbeiterkraft bedenklich. Die Bauern, insbesondere die Großgrundbesitzer, sollten sich diesen Vorgang zur Warnung dienen lassen und schleunigst alles anbieten, um die Bevölkerung ausreichend zu ernähren.

Eingewickelt — aber wer?

München, 30. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Begegnung des Reichszanlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten behandelt die bürgerliche Presse ganz im Stil der vorher aufgegebenen offiziellen Notiz. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sagen: „An dem Verhältnis Bayerns zum Reich hat sich in der letzten Zeit nichts geändert. Bayern steht nach wie vor in seiner Gesamtheit treu zum Reich.“ Die „Münchener Post“ nennt die offizielle Notiz ein Beruhigungspulver, das die

bürgerliche Presse zu einem Schlafpulver umwandelt. Die „Post“ verlangt, im Landtag und im Reichstag seien Fragen gestellt, wie Herr von Kase sich zu den Wambberger Beschlüssen stelle und was die Reichsregierung dazu sage. Die „Post“ meint, einer der beiden Staatsmänner sei eingewickelt. Kahr oder sei es gewiß nicht. Man müsse den Reichszanler im Reichstag wieder aufwickeln!

Lassalle und die Juden.

Gen. Ed. Bernstein schreibt uns: Von verschiedenen Seiten kommen Anfragen an mich, wie es sich mit dem von antisemitischer Seite auf Jetteln verbreiteten angeblichen Ausspruch Lassalles verhält, die Arbeiterbewegung habe sich fernzuhalten von Kapitalisten und Juden; wo diese als Leiter und Führer auftreten, da verfolgen sie auch eigene jüdische Zwecke. Man will wissen, ob Lassalle sich irgendwann so oder ähnlich geäußert hat, und wo dies zu finden sei.

Ich kann darauf erwidern, daß ich weder bei Gelegenheit der ersten Auflage meiner Gesamtausgabe der Reden und Schriften Lassalles noch bei der Arbeit für die nun in zwölf Bänden erscheinende zweite Auflage jenes Sammelwerks auf irgendeine Äußerung Lassalles gestoßen bin, die auch nur entfernt auf eine solche Sinn- und Gesinnungslosigkeit hinausläufe. In keiner Rede oder Schrift, in keinem Erlaß oder Brief Lassalles, der so gedeutet werden könnte, Lassalle hat sich gelegentlich absprechend über die Juden geäußert — und welcher Angehörige eines Volksstammes hätte sich nicht über diesen wirklich oder vermeintlich anhaltenden Fehler aufgehalten —, aber nie hat er sich zu einer solchen Äußerung verfliegen, wie jenes angebliche Zitat ihm unterstellt.

Wohl findet sich in den von Lassalle verfaßten Instruktionen an die Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 17. Juni 1868 unter Ziffer 8 ein Aufsat, der von Ausnahmen in bezug auf die Aufnahme in den Verein handelt. Es wird dort vorgeschrieben, daß allen Personen die Aufnahme zu verweigern sei, von denen den Bevollmächtigten bekannt sei, daß ihnen „eine schlechte Haltung in politischer oder ständlicher Hinsicht“ zur Last falle, und daß, wo Bedenken gegen die Aufnahme von Personen vorzuliegen scheinen, man sich unter Angabe der für und wider sprechenden Gründe an den Vorstand des Vereins zu wenden habe, worauf es in Speersich heißt:

„In die Klasse von Personen, in bezug auf die stets zuvor beim Vorstande anzufragen ist, gehören der Regel nach alle Literaten.“

Hier kommt Lassalle auch sonst kundgegebene Beratung der Literaten von Beruf zum Ausdruck. Wenn man aber sich erinnert, daß zu den ersten Literaten, deren Aufnahme in den Verein Lassalle betrieb, gerade die Juden Eduard Löwenthal und Moses Heß gehörten, während derjenige Literat, mit dem Lassalle damals in den heftigsten Streit geriet, Wilhelm Wodernagel, ein Ungar war, daß der Kassierer des von ihm gegründeten Vereins und Vorstandsmittglied der jüdischen Kaufmann Guban Lewin war und daß, von besonderen jüdischen Zwecken zu reden, damals für Lassalle überhaupt ein Hindernis gewesen wäre, dann wird man sich ohne weiteres sagen können, was es mit seinem angeblichen Ausspruch für ein Bewenden hat: er ist eine ganz gemeine Fälschung.

Waffenablieferung und Reaktion.

Nachdem die Ablieferungsbedingungen für die Waffen seit vier Wochen allgemein bekannt sind, hätte man denken sollen, daß sie keinen Grund zu besonderer Aufregung mehr bieten. Daß es Leute gibt, bei denen die Entrüstung sehr spät kommt, ergibt sich aus einer Zuschrift, die die „Deutsche Tageszeitung“ kürzlich brachte. Darin wird in beweglichen Worten über die Verschwendung von Reichsgeldern geklagt, die darin besteht, daß man Prämien für die abgelieferten Waffen bezahle. Der Einsender beruft sich dabei noch irrtümlicherweise auf das Gesetz, indem er angibt, daß nur für rechtmäßig erworbene Waffen Prämienzahlungen erfolgen dürften.

Wir wollen uns nicht darüber streiten, wie man auf rechtmäßige Weise überhaupt in den Besitz von Militärwaffen kommen kann. Aber niemand ist sich wohl darüber im unklaren, daß weitaus die meisten Ablieferungswaffen nicht gerade auf einem absolut

„Anekdoten“.

Von Ludwig Hermann Vorwardt.

Ich häuterte in einem alten Kalender und fand einen Abschnitt: Anekdoten aus dem letzten Kriege. Es waren die üblichen Geschichten mit kühnlich, kühnlich usw.

Anekdoten sind kleine Geschichten, die zu schön sind, um wahr zu sein.

Ich will auch Anekdoten aus dem letzten Kriege erzählen.

Der Stumme.

Ein Soldat hatte durch Verhüttung die Sprache verloren. Er verständigte sich mit Arzt und Krankenwärter durch eine Schreibtafel. Eines Morgens während der Visite schrieb er auf: „Ich kann wieder sprechen.“ — „So reden Sie doch, in Dreiecksnamen!“ — Er schrieb: „Ich werde nie wieder sprechen. Durch die Sprache ist die Mitteilung unüberlegter Gedanken in die Welt gekommen. Daraus wurde der Krieg geboren. Wenn ich gezwungen bin, jeden Gedanken aufzuschreiben, denke ich ihn erst richtig durch. Das ist ein Gewinn, den ich der ganzen Menschheit wünsche.“

Der Stabsarzt drückte ihm betäubend die Hand, konnte aber nicht verhindern, daß der Soldat, von dessen Lippen nie wieder ein Wort kam, in eine Krankenheilstation überführt wurde. Die Wärter zeigten dort den Besuchern sein blaßes, zufriedenes Gesicht und sagten: „Ungeheuerlich, aber unheilbar!“

Der Händedruck.

Nach vierstündiger, heroischer Gegenwehr ergab sich das Sperrfort, da siebzig Prozent der Besatzung gefallen und sämtliche Verteidigungsmittel vernichtet waren. Sein Kommandant und der Führer der Angriffstruppen trafen sich auf einem Hügel vor dem Fort und wechselten einen Händedruck, der gegenseitige Kühlung ausdrückte.

Da blühte in einem der beiden ein Gefallen auf: „Wenn wir diesen Händedruck vor vier Tagen gemacht hätten — — — lebten achtzehnhundert Menschen noch!“ vollendete der andere. Beide schwiegen. In der Ferne schrie ein Sterbender.

Die Parade.

Ein Oberst hatte mit seinem Regiment eine für unannehmbar gehaltene Stellung unter hohen Verlusten gekämpft. Als die Truppe aus der Feuerstellung herausgezogen wurde, befahl sein Landesfürst das Regiment zur Parade. Der Oberst tobte, weigerte sich, wollte seinen Truppen die wohlverdiente Ruhe nicht durch Paradebrill verkürzen. Korpsbefehl jagte Korpsbefehl. Man drückte ihm das Regiment zu nehmen, ihn zur Disposition zu stellen. Um sein Regiment zu behalten, führte der Oberst es zur

Parade. Die Regimentsfahne war schwarz umflort. Die Kapelle spielte den Trauermarsch von Beethoven. Jedem der stark gelächelten Züge folgten vier Wagen mit je vier Särgen: Die Toten des Regiments nahmen an der Parade teil. Ohne Kommando, ohne Stroh zog der Trauerzug in den nebeltrüben Novembermorgen.

Der Landesfürst wandte sich ab, erblassend. — — —

Wir fällt noch eine Anekdote aus dem letzten (?) Frieden ein.

Ehrlichkeit.

Die Familie eines kleinen Beamten war zu Besuch bei einem Verwandten gewesen, dessen Beruf Kaufmann (lies Schieber) war. Sie hatte sich alles gut schmecken lassen und ging nun nach Hause. Unterwegs fand folgendes Gespräch statt:

„Die Leute haben's gut!“

„Anseinerer muß sich abradern und hat nichts davon!“

„Bemühtens behält man seinen ehelichen Namen.“

„Auch recht wohl!“

„Rädest du wuchern und schieben, betrügen und belügen?“

„Ich will ehrlich bleiben!“

„Neb' nicht, wir sind zu feige und zu dumm, um unehrlich zu sein, sonst würden wir es auch so machen.“

Ein Seufzer. Sie stiegen in ihre Wohnung, die die Widerwärtigkeiten des kleinen Lebens ihnen entgegenbrachte.

Deutsches Theater: Einsame Menschen. Berthold Hauptmann kam, um zu denken, da man ihn durch verlangenden, nicht erwiderten Ruf begrüßte. Erst nachdem er sich einmal verbogen hatte, beruhigten sich die Reden und die Hände. Die Jugend, die einzige Schauspieler umschwärzte und den Namen in den Hauptmannlichen auch hineinzuobeln ließ, herauschte sich zusehends an der schönen, Ehrfurcht fordernden Gestalt des alternden Mannes. Diese Kundgebung war das Ueberlebende und Trostvolle des Abends.

Die Zeit hat auch von dem Trauerspiel der „Einsamen Menschen“ einigen Schmelz genommen, der einstmal an dem Klang zum Kampf um Hölle und Dämonen und dem bühnen Streik um das Frauenstudium herkam. Das Gefühl des Dichters und sein starker Sinn für gesunde dramatische Spannung sind aber noch kräftiger als die beschränkte Dramatik seiner Stellung zu öffentlichen Angelegenheiten. Darum ersterte die Liebe, die ihn noch keineswegs lassen will.

Berthold Hauptmann war der neue Regisseur seines Stückes. Man weiß nicht, ob die Schuld ihn allein trifft, daß einiges um mehrere Schwingungen zu laut, fast zu theatralisch gedrückt wurde. Bei Elise Lehmann, der alten Frau Voderat, ging diese Reizung zur heftigsten Betonung geradezu ins Lächerliche. Eine prächtige Virtuosität spielte, die es bedauerte, daß sie auch manchmal den Mund schließen mußte. Und dann bettelte sie durch Bewegung und Blick nach ins Parkett hinunter. Sie zerrte an sich, sie zerrte auch an Umrisse, dem Sofas, dem Romantiker mit Vorwürfen. Die Umwege, auf denen Hauptmann diese gedrehtliche Menschenschöpfbarkeit be-

seitigt, sind sehr wunderbar. Rossi machte das nicht sanft genug, ihm schienen die Sähe, diese kurzen, zerstückelten, durch Halbton sehr bereiten Sähe, zu kurz. Es entstand eine Rhetorik, die von einem Erklärenden stammte.

Dann aber ging der Stil in eine Reife über, die doch wieder von der erfreulichen, Mühsam entwickelten Jugend kam. Auguste Pinski hat immer etwas feierlich gehalten. Man hätte ihr immer halbe Lebensaufgaben und episodische Tragik oder Heiterkeit anvertraut. Sie spielte diesmal die Klare, die in der düsteren Trauer noch schimmernde Gattin Voderats. Die Gefahr war sehr groß, daß sie sich zu einer handhaden Diferie umformte. Sie entging jeder Gefahr. Sie war klar selbst und im tragischen Moment so echt, daß jedes Thotes Leben wurde. Hans Marr und Werner Kraus und Agnes Straub sind drei Schauspieler, deren Talent wächst, wenn die Dichtung sich in menschlicher Sphäre bewegt. Sie brachten sich gehörig und ohne Rücksicht auf besonderen Virtuosenstolz dem Dichter dar.

Die Kriege-Robinsonade. Eine einseitige Regergeschichte aus dem Weltkrieg hat und Genosse S. Zborow in seinem lebenswerten Buche „Vutu Simba's Mission in Europa“ (Berlin, Buchhandlung Vorwärts) gewidmet. Zborow gibt den Roman eines französischen Kolonialsoldaten aus dem Herzen des schwarzen Erdteils. Vutu Simba folgt dem Rufe der französischen Werber, fährt mit seinen Landsleuten nach Europa, wird für den Schützengraben gedrückt, kommt an die Front und verbummelt in deutscher Gefangenenschaft. Hier wird er als anthropologisch interessantes Wandertier bestaunt. Er macht einen Plakatschrei, probiert es als landwirtschaftlicher Arbeiter, geht in eine Fabrik und entkommt schließlich wieder zu den Franzosen. Eine schwere Verwundung bringt ihn ins Lazarett, aus dem er, als nicht mehr freigegebenungsfähig, die Rückkehr in die Heimat antritt. Nach langen Irrfahrten und Mühsal findet er endlich den Weg in sein Heimatdorf. Er, der in der Vorkriegszeit seiner besten Jahre hier ausgezogen, ist als Kriegskrüppel wieder heimgekehrt. Mit tausend Fragen härtete seine Landsleute auf ihn ein. Aber alles Kriegserleben scheint ihm nur wie ein Traum. Das Einzige, was ihm in der Fremde bemerkenswert erschienen, ist nicht die wachsende Wüste, sondern der tiefschwarze Fluß. Ihn in seiner Heimatgemeinde einzuführen, gibt er sich alle erdenkliche Mühe. Wie eine feine Ironie auf die wild zuckenden Krämpfe der Kriegsjahre im „Kultur-erdbteil“ Europa. Klingt dieser Abschied des unterhaltenden Buches, dem ein recht zahlreicher Verehrer zu wünschen ist.

Theater. Am Kleinen Theater geht „Die Starbäuskomödie“ am Sonntag zum 100. Male in Szene. Als Gründung und Honorarlich treten in dieser Aufführung noch längere Unterbrechung wieder auf.

Die Kammerkant Berlin verankert in der Berliner Sezession am Sonntag, 2. Oktober, ihren zweiten Abend. Kurt Eich Meurer liest aus eigenen Werken. Vorverkauf: Bureau W 30, Prenzlauer Str. 22, Abendkasse.

„Die Produktion als Lehrstoff der Produktionslehre“ behandelt ein Vortrag von Dr. Alexander Haffner, mit dem der zweite Tag der Oktoberkonferenz des Bundes entliehener Schullehrer in der Gemeindefesthalle in Berlin-Lantow beginnt.

rechtmäßigen Wege in die Hände ihrer Besitzer gelangten. Die bei der Ablieferung ausgezahlten Gelder sind weiter nichts als eine Prämie für die Ablieferung, wie dies aus allen Bekanntmachungen hervorgeht. Wie können nicht finden, daß diese Gelder so schlecht angewandt sind. Sicher war ohne Prämienzahlung ein so schneller Erfolg der Ablieferung, wie ihn die Entente forderte, nicht zu erzielen. Auch wäre eine Waffenerfassung nur auf dem Volksewege und mit Anwendung von Gewalt in ihren Folgen unendlich viel teurer geworden. Die Tränen, die die „Deutsche Tageszeitung“ um die 18000 M. weint, die angeblich einer Gemüsehändlerin für 13 Rasenmähwerke ausgezahlt worden sein sollen, scheinen uns Krolodilstränen zu sein. Nicht die Verschwendung der Reichsmittel betrübt unsere Patrioten, sondern vielmehr die Tatsache, daß das Ablieferungsgeschäft zu gut geht und daß die Ausschüßten auf einen fröhlichen Bürgerkrieg zu nichte zu werden drohen. Die Entlastung der „Deutschen Tageszeitung“ oder vielmehr ihres Verfassers ist wohl daraus zu erklären, daß infolge der Prämienzahlung auch in mehr als dort erwarteter Nähe von bürgerlicher Seite Waffen abgegeben werden. Darauf weist auch der Einwand hin, daß die Einwohnermehrenteile durch die Aufforderung zur Ablieferung der Waffen zur Unterdrückung ihrer Dienstwaffen angetrieben werden. Wir waren immer der Auffassung, daß Leute mit so ausgeprägter „Bürgerlichkeit“ Ehrgefühl wie die Mitglieder der Einwohnerwehr von solchen Verlockungen unberührt bleiben müßten. Selbstverständlich ist es unzulässig, daß Einwohnerwehren gegen Prämien abgegeben werden, oder die Möglichkeit, daß dieser Fall eintreten könnte, ist wahrhaft kein Grund, die Volkstätigkeit der Anonymität, die das Geheiß der Ablieferer zunichtemacht, aufzuheben.

Der Termin der Landtagswahlen.

Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung hat heute vormittag den Antrag der Deutschnationalen, die Landtagswahlen spätestens am 12. Dezember vorzunehmen, abgelehnt, dagegen den Antrag Dominicus angenommen, die Wahlen innerhalb 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung vorzunehmen.

Die Bergarbeiterfrage in England.

London, 30. September. Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter hat seine Uebereinkunft erzielt. Aukerham, 30. September. „Telegraph“ meldet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges hat bekannt gegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechung mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnsteigerungen hätten kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, sie seien zu dem Schluss gekommen, daß ein weiteres Zusammenkommen mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne, und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden. — Wie das Blatt weiterhin meldet, sei der Streik unermesslich, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Bergarbeiter von S. Wales verlangten hartnäckig sofortige Bewilligung der geforderten Lohnsteigerung.

Kein Posten gegen entlassene Reichswehrsoldaten. Von gemäßigter Seite wird noch immer Bedenken darüber geführt, daß die aus der Reichswehr entlassenen Soldaten losgelassen würden und infolgedessen keine Arbeit finden könnten. Das trifft nicht zu. Die in Dresden erscheinende „Deutsche Soldaten-Zeitung“ aus dem Reichswehrministerium erzählt, werden alle gemeldeten Fälle dort genau untersucht. Diese Untersuchungen haben bisher in den weitaus meisten Fällen ergeben, daß ein wirklicher Posten gar nicht vorlag, sondern daß im Gegenteil häufig die früheren Reichswehrangehörigen selber durch ihr Verhalten den Anstoß zu ärgerlichen Vorfällen gegeben hatten, indem sie für sich irgendwelche Sonderrechte oder Sonderbehandlung verlangten, sich der Disziplin widrigen oder den Anforderungen der gesetzlichen Bestimmungen nicht fügen wollten und dergleichen. In anderen Fällen handelte es sich um mißverständnisse oder aufgedunsene Behauptungen einzelner. An diese Feststellungen knüpft die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ die Mahnung an die entlassenen Reichswehrangehörigen, jedes herausfordernde Auftreten zu unterlassen. Wer den guten Willen zeigt, sich seiner neuen Umgebung anzupassen, der werde auch keine Schwierigkeiten haben. Wie können das bestreiten.

In Dirschau verhaftet wurde von den Polen der Unabhängige H. v. Freilassung erfolgte erst nach fast 80 Stunden. Öffentlich wird die deutsche Regierung alles Erforderliche, um den polnischen Hebergriffen auf deutsche Staatsangehörige baldigt ein Ende zu machen.

Darf man fragen, wie die Eisenbahndirektion Hannover, also eine republikanische Staatsbehörde, dazu kommt, regelmäßig in einem regierungsfeindlichen Blatte, wie der „Kreuz-Zeitung“, amtliche Bekanntmachungen zu erlassen? (Siehe Ankündigung einer Bahnplanänderung in Nr. 409.) Was hätte man wohl zu Zeiten des alten Regimes dazu gesagt, wenn dieselbe Eisenbahndirektion zahlungspflichtige Anzeigen etwa dem „Vorwärts“ aufgegeben hätte? Es besteht nicht der geringste Anlaß für die Regierung, auf mittelbarem Wege ein Blatt sekundär zu unterstützen, das zu ihren geschäftlichen Gegnern gehört, und man darf darum wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die „zuständige Stelle“ der Eisenbahndirektion Hannover das Erforderliche alsbald zu verstehen gibt. Oder sollte es aus der „guten alten Zeit“ etwa noch irgendwelche bindende Bestimmungen geben, die den Eisenbahndirektionen das Inserieren in bestimmten Blättern zur Pflicht machen? Es erscheint uns doch notwendig, dahinter zu leuchten!

Zusammenkunft in einer Polizeiverammlung. In einer gestern abend im Vorterrassenkeller abgehaltenen Versammlung der „Oberschlesischen Volkspartei“ kam es zu Schlägereien. Der Vorsitzende der Versammlung Tomalla wies auf sein Hausrecht bei etwaigen Störungen hin, was einen allgemeinen Tumult hervorrief. Tomalla selbst erhielt eine blutende Verletzung. Die Sicherheitspolizei räumte bald den Saal; acht Männer und eine Frau wurden verhaftet. Zu den Verhafteten gehört auch der aus dem Weiskerter Bezirk bekannte Kommunist Pichlmann.

Wem soll sich verantworten. Der Hauptausbruch des Reichstages wird sich in seiner nächsten Sitzung am 18. Oktober mit den Vorwürfen beschäftigen, die gegen den Ernährungsminister Dr. Dertmeß wegen der Verwendung von Geldern aus der Preisausgleichsstelle für Stickstoff-Düngemittel zur Anschaffung eines Luxusautos und eines Zimmers erhoben worden sind.

Herabsetzung der Polizeistunde in Bayern. Vom 1. November an wird in ganz Bayern die Polizeistunde auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

„Staat und Hochschule“. Der preussische Kultusminister, Genosse Pantzsch, veröffentlicht unter dem Titel „Staat und Hochschule“ ein Beitrag zur Nationalen Erziehungsfrage, in den nächsten Tagen ein Buch, das in 16 Kapiteln die Erziehungsfrage und ihre staatliche Neuregelung behandelt. Das Buch erscheint im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin.

Ausschluss der Kommunisten aus der Fabrikpartei. Der Volksgewerkschaft der eisernen Arbeiterpartei hat die lokalen Arbeiterparteien angewiesen, die Kommunisten auszuschließen.

Groß-Berlin

Ein Jugendwohlfahrtschau.

Die Stadt Berlin hat im vorigen Jahre die gesamte Jugendwohlfahrt im Jugendamt zusammengefasst. Hiermit wurde für die Arbeit an der Jugend die Einheitlichkeit erreicht, die bisher gefehlt hatte. In einer kleinen Denkschrift hat der bisherige Leiter des Jugendamts, Stadtrat Genosse Sassenbach, noch kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Magistrat eine Zusammenfassung auch der Bureaus aller Zweige der Jugendwohlfahrt gefordert.

Zurzeit sind die Deputation des Jugendamts und die vier Abteilungen „Jugendpflegeamt“, „Jugendfürsorgeamt“, „Waisenamt“, „Vormundschaftsamt“ in Räumen untergebracht, die in den verschiedensten Stadtteilen liegen. Die Deputation und das Waisenamt benutzen Räume des Waisenhauses Alte Jakobstr. 83/85, das Jugendpflegeamt befindet sich Lindenstr. 51/52 in einem Wohnhaus, das Vormundschaftsamt hat Unterkunft in dem Geschäftshaus Landsberger Str. 43/47 gefunden, die Bureaus des Jugendfürsorgeamts verteilen sich auf das Wohnhaus Oranienstr. 80 (Fürsorgeerziehung), das Wohnhaus Ronbrouplap 8 (Jugendgerichtshilfe, Anstalts- und Familienpflege), das Dienstgebäude des Polizeipräsidenten (Wohlfahrtsstelle), das Wohnhaus Jüdenstr. 51/52 (Beratungsstelle). Die Klagen über die Unzulänglichkeit der Räume werden noch zunehmen, wenn in der neuen Stadtgemeinde Berlin auf allen Gebieten der Jugendwohlfahrt die Arbeit sich mehrt. Auch können die einzelnen Abteilungen, führt die Denkschrift aus, nur dann ein einheitliches Gange bilden und erfolgreich zusammenarbeiten, wenn sie in ständiger Berührung miteinander sind. Die bisherigen Versuche, alle Abteilungen an einer Stelle unterzubringen, sind erfolglos geblieben.

S. P. D.-Funktionäre!

Freitag, den 1. Oktober, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15:

Allgemeine Konferenz

jämlicher Funktionäre der S. P. D.

Tagesordnung:

Unsere Stellung zur Berliner Kommunalpolitik.

Referent: Genosse Adolf Ritter.

Mitgliedsbuch und Ausweisarte werden am Saaleingang kontrolliert.

Der Bezirksvorstand.

wohlfahrtschau herzugeben. Darin wäre nicht nur die Deputation, sondern auch die in Aussicht genommenen Räume, wurden vom Wohnungsdienst nicht freigegeben, und Anträge auf Ueberlassung von Kasernen lehnte das Reichswehrministerium ab.

Die Denkschrift schlägt jetzt vor, die von der Sicherheitspolizei benutzte Kaserne am Kupfergraben zu einem Jugendwohlfahrtschau und die vier Abteilungen unterzubringen, sondern auch das Waisenamt, ferner ein Bezirksjugendamt und eine Sängerschule, weiter eine Unterstufenklasse für abbaufähige oder sonst gefährdete Kinder, schließlich auch Bureaus der Jugendwohlfahrtschau. Im Waisenhaus würden dann Räume frei, die dort dringend gebraucht werden, weil eine erhebliche Steigerung des Zugangs von Waisenkindern zu erwarten ist.

Das Recht der Frau.

Regelung der Geburten.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D. veranstaltete gestern abend eine Frauenversammlung im Lehrervereinshaus, in der Klara Bohm-Schuch über die Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft sprach. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen wird auch von den ärgerlichen Gegnern die Notwendigkeit einer Geburtenregelung anerkannt. Bislang ist diese aber noch durch das Strafgesetzbuch unter schwere Strafe gestellt. Eine werdende Mutter, die ihre Schwangerschaft unterbricht, wird mit Zuchthaus bis zu 4 Jahren, wer dazu Beihilfe leistet, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Demgegenüber steht die nackte Tatsache, daß nach statistischen Feststellungen vor dem Kriege in Deutschland jährlich 300 000 Abtreibungen vorgenommen worden sind, diese in Wirklichkeit aber etwa das Dreifache dieser Zahl betragen haben. Daraus ergibt sich, daß die beiden §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, die die Strafbestimmungen enthalten, durch die Tatsache überlebt sind.

Es ist öffentliches Geheimnis, daß Frauen der wohlhabenden Schichten die Schwangerschaft mit ärztlicher Beihilfe unterbrechen. Unbemittelte Frauen, die nicht in der Lage sind, die hohen ärztlichen Kosten dafür zu bezahlen, sind gezwungen, sich an jene dunklen Eritzen zu wenden, die eben aus der Not dieser Frauen sich einen löhnenden Erwerb schaffen, unter Außerachtlassung jeglicher ärztlicher Vorkehrungsmaßnahmen den Eingriff vornehmen und so das Leben ihrer Patientinnen aufs Spiel setzen. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sind also ein Ausnahmengesetz gegen die nichtbestehenden Klagen.

Ferner tritt die Sozialdemokratie für die Gleichstellung der unehelichen Mutterschaft mit der ehelichen ein. Es sei eine Schande, daß es überhaupt eine Klassifizierung der Mutterschaft gebe. Viele Frauen würden gern die uneheliche Mutterschaft auf sich nehmen, nicht aber die moralische Lastung. Es ist eine ethische und volkswirtschaftliche Forderung, jedem jungen Mädchen Gelegenheit zu geben, zur Verhinderung der unehelichen Mutterschaft zum Arzt zu gehen, ohne sich der Gefahr aussetzen zu müssen, dafür ins Zuchthaus zu kommen. Weiter würden durch Aufhebung der Strafbestimmungen Laufende von unglücklichen Ehen unmöglich gemacht werden, die nur unter dem Zwange des kommenden Kindes geschlossen worden sind. Wir fordern freien Willen zur Mutterschaft, denn nur freie Mütter können freie Kinder gebären.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat aus all diesen Gründen einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Strafbestimmungen der §§ 218 und 219 fordert, wenn die Unterbrechung der Schwangerschaft von einem staatlich anerkannten Arzte innerhalb der ersten drei Monate vorgenommen worden ist.

Kein Schülerstreik in Groß-Berlin.

Der Elternrat der Dierckmann-Realschule in der Alexandrinenstraße hat gestern beschlossen, sich gegen einen Schülerstreik anlässlich der Wahl Dr. Löwensteins auszusprechen. Es soll lediglich versucht werden, durch Vorstellungen bei der Aufsichtsbehörde die Behauptung des Gewählten zu verhindern. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es nicht angebracht sei, die Kinder zu schulpolitischen Zwecken zu gebrauchen, sondern es Sache der Eltern sei, den Kampf auszufechten. Einen ähnlichen Bescheid hat der Elternrat des Ullrich-Vyseums in der Schönhauser Allee gefasst. Der Elternrat der 18. Realschule am Schlesinger Ufer, wo bekanntlich kürzlich ganz spontan ein Streik ausgedröhrt war, hat diesen Schritt entschieden gemißbilligt und beschlossen, es bei einer Protestkundgebung bewenden zu lassen.

Nach dieser Stellungnahme darf mit Sicherheit angenommen werden, daß es zu dem angekündigten Schülerstreik als Protest gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat nicht kommen wird.

Die katholischen Organisationen Groß-Berlins planen zum nächsten Sonntag eine Protestkundgebung gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat. Von den einzelnen Kirchen aus sollen Jungmänner unter Vorantritt der Geistlichen stattfinden.

Schmuckfahnenräuber auf der Eisenbahn.

Eine Bande von Eisenbahndieben wurde bis auf den noch fehlenden Führer von der Eisenbahnbewachungsstelle und der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf ihre Spur kam man durch einen großen Diebstahl auf dem Anhalter Bahnhof, bei dem den Tätern aus einem erbrochenen Filurwagen für mehrere hunderttausend Mark Kofzbeimer Schmuckfahnen aus Platin, Gold und Silber in die Hände fielen. Die Ueberwachungsstelle ermittelte, daß Hilfsarbeiter, die auf dem Bahnhof beschäftigt waren, ihre Hand im Spiel haben mußten. In Verbindung mit der Kriminalpolizei gelang es jetzt, neun Personen, darunter eine Frau, zu überführen und festzunehmen. Der Anführer dagegen, ein Wohnunterhaltungsarbeiter Gustav Kuhnert, ist flüchtig und wird noch gesucht. Kuhnert ertrug den Wagen, während die anderen, ebenfalls Wohnunterhaltungsarbeiter, ihm Handreichungen leisteten oder die Aufpasser spielten. Er nahm auch den Hauptanteil der reichen Beute an sich.

Bei mehreren Verhafteten förderte die Durchsuchung der Wohnung noch Beutestücke zutage. In einer Wohnung ergriffen Kuhnert noch nach der Verhaftung des Inhabers und ließ sich von dessen Frau die verborgen gehaltenen Schmuckfahnen herausgeben, um sie ebenfalls noch auf die Seite zu bringen. Die Ermittlungen, für welche weitere Bahnhofsdiebstähle die Verhafteten und der flüchtige Kuhnert noch in Betracht kommen, sind noch nicht abgeschlossen.

Christenerziehung mit Ohrfeigen und Stockhieben.

Die in Berlin am letzten Sonntag veranstaltete Demonstration für die weltliche Schule ist, weil auch Schülerkinder an ihr teilnahmen, in den Gemeindefürsorgeämtern naturgemäß Gegenstand der Unterhaltung zwischen den Kindern. In der katholischen 16. Gemeindefürsorge (Köhrenstraße) erzählte ein Junge in der Pause nach der Religionsstunde seinen Mitschülern von dieser Demonstration und machte dabei die Bemerkung: „So viele Väter waren im Kriege, und ihre Kinder haben soviel gelitten — und die Kugel hat sie doch zerrissen! Der Herr Majewski, dem der Klassenlehrer Balzer das meiste, hat den Schüler rufen, stellte ihn zur Rede: „Was — es gibt keinen Gott!“ und gab ihm eine kräftige Ohrfeige. Dem Vater ließ der Rektor sagen, er solle zwecks Aufschulung des Sohnes, der eine Gefahr für die anderen Kinder sei, zu einer Besprechung kommen. Der Vater tat das nicht, sondern schrieb dem Rektor, die Antwort könne nur sein, daß die ganze Familie aus der Kirche austritt. Darauf ermahnte der Rektor die ganze Klasse, auf diesen Schüler zu achten, und drohte ihm, wenn er noch einmal etwas gegen die Religion sagen würde, ihn auf Beschluß des Lehrerkollegiums durch den Schuldiener herbringen zu lassen. Von Ohrfeigen, die er gibt, und von Stockhieben, die er durch den Schuldiener verabreichen lassen will, verspricht der Rektor sich wohl die Wirkung, daß der Junge zu einem gläubigen Christen wird und die Familie der Kirche treu bleibt.“

Handhabung der Baupolizei in Berlin. Solange für die neue Stadtgemeinde Berlin die in Vorbereitung befindliche einheitliche Organisation der Verwaltung der Baupolizei noch nicht durchgeführt ist, wird für die Uebergangszeit folgendes bestimmt: In den Gebieten der Stadtgemeinde Charlottenburg, Berlin, Plattenberg und Neudamm geht vom 1. Oktober ab die Handhabung der Baupolizei von den Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Berlin, Plattenberg und Neudamm auf den Polizeipräsidenten von Berlin über. In den übrigen Stadtteilen der neuen Stadtgemeinde Berlin erfolgt vom 1. Oktober ab die Handhabung der Baupolizei durch den Oberbürgermeister von Berlin, in dessen Auftrag die bisherigen kommunalen Beamten die Baupolizeigeschäfte in derselben Weise und in demselben Umfange wie bisher weiterzuführen.

Kursus über Edelsteinkunde. Die Handwerkskammer zu Berlin beabsichtigt demnächst unter Leitung von Professor Dr. Belowski an sechs aufeinanderfolgenden Sonntagen einen Kursus über spezielle Edelsteinkunde zu veranstalten. Der Lehrgang findet vormittags von 9—12 Uhr im Mineralogisch-petrographischen Institut und Museum der Universität, Berlin R. 4, Invalidenstr. 43, Museum für Naturkunde, statt und behandelt an reichlich vorgelegtem Material die chemischen, physikalischen und optischen Eigenschaften der einzelnen Edelsteine, ihr Vorkommen in der Natur und ihre künstliche Darstellung sowie die Untersuchung gefälschter Steine. Tafeln, geologische Karten und optische Demonstrationen werden den Vorlesungen in ausgiebiger Weise begleitet. Anmeldungen sind unter gebührenfreier Einreichung der Teilnehmergebühren von 18 M. an die Handwerkskammer, Berlin SW. 61, Feltowertstraße 1—4, zu richten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 30. September.

Rosenthal. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Petram; die Bezirksführer sind dazu eingeladen.

Morgen, 1. Oktober.

9. Uhr. 5 Uhr: Bezirksführerprüfung, Abholung und Verteilung der „Vorwärts“-Organen bei Frau, Baumstr. 69.

27. Uhr. 7 Uhr: Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertragsleute bei Drobokow, Erenmündler Str. 11.

Brüder Arbeitervereine. Im Lokal von Maler, Chausseestr. 69, findet eine Versammlung des Vereins „Arbeiterjugend“ statt. Thema: „Was der arbeitende Jugend not tut.“ Referent: Genosse Joseph Berlin. Unschuldig Ausprobieren. Nacht Cure Kinder auf diese Veranstaltung aufmerksam! Beginn 7 1/2 Uhr.

Kreis XI Schöneberg-Friedenau. 8 Uhr in der Schule Martin-Luther-Str. 22 große öffentliche Versammlung. Thema: Der fünfjährige Todestag des Sozialisten Genosse Dr. Schütte. Freie Rede. Die Veranstaltung wird durch Belang des Schöneberger Arbeiter-Vereins eröffnet. — Die Abteilungsverbände holen sich die Agitationsmaterialien des „Vorwärts“ bei Objt. Martin-Luther-Str. 69, ab. Sonntag früh erfolgt Nachfrage bei den Delegierten, ob sie den „Vorwärts“ bestellen wollen. Die Genossen haben darum vollständig sich an der Verbreitung und Nachfrage zu beteiligen.

Post- und Telegraphenbeamtenvereine Groß-Berlins. Erste Gruppenversammlung: Gruppe S. D. den heute 8 Uhr bei Frau, Ritterstraße 32. Zweite Gruppenversammlung: Gruppe Norden: 2. Oktober, 7 Uhr, Beinhilferstr. 16/17. Dritte Gruppenversammlung: Gruppe Telegraphen- und Fernsprechanlagen: 4. Oktober, 8 Uhr, Beinhilferstr. 16/17. Vierte Gruppenversammlung: Gruppe Zentrum: 6. Oktober, 8 Uhr, Volkshaus, Dortheenstraße. Gruppe Wilmersberg: 7. Oktober, 8 Uhr, Franzmann, Franzfurter Allee 290. Fide Mandantenstr. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen zur Organisierung der Beamtenvereine. 2. Anfrage über den Bericht. 3. Wahl der Gruppenleitung. 4. Wahl einer Kommission zur Aufstellung der Geschäftsordnung. 5. Verschiedenes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Geographenverein „Kreuz“. Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, in der hiesigen Volkshilfsbildungsschule, Zimmer 1, Georgenstraße 22/24: Beginn eines neuen Anfängerkurses. Späteste Anmeldung am Freitag, den 8. Oktober.

Reichsbund (Bezirk Friedrichshagen). Freitag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Otto, Kirchstr. 26.

